

Freund oder Feind?

Zeitenwende im deutsch-amerikanischen Verhältnis: Trotz der Furcht vor einem dauerhaften Zerwürfnis mit der Vormacht will Kanzler Schröder in der Sache hart bleiben. Den Kampf des US-Präsidenten gegen den Terror wird er weiter unterstützen, einen Angriff auf Saddam Hussein nicht.

Der eine träumt in stillen Stunden bisweilen davon, mit Frau und Kind nach New York umzusiedeln. Der Zweite hat politisch mehr von Bob Dylan gelernt als von Karl Marx. Und der Dritte glitt für sein Leben gern auf einer Harley Davidson quer durch das weite Land Amerika.

Im Weißen Haus von Washington gelten die drei derzeit als Feinde Amerikas, weil George Bush sie nicht mehr als Freunde erkennen kann: Gerhard Schröder, Bundeskanzler, Joschka Fischer, Außenminister, Peter Struck, Verteidigungsminister, allesamt wohnhaft in Berlin, Germany – eine politische Achse des Bösen.

Selten hat eine US-Administration die Regierung eines verbündeten Landes mit so eisiger Verachtung bestraft wie George Bush und seine Hardliner die rot-grüne Koalition von Berlin – angeblich weil die in Washington unbekannte Justizministerin Herta und Paul Daubler-Gmelin den US-Präsidenten mit Hitler verglichen haben soll, was sie bestreitet. Tatsächlich aber, weil die Schröder-Regierung Bushs Kriegspläne gegen den Irak nicht unterstützt. Keine Glückwünsche zur Wiederwahl, keine Einladung zur Aussprache, nichts.

In fünf Jahrzehnten deutscher Nachkriegsgeschichte schien das Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik nie so tief zerrüttet wie in der vergangenen Woche. Mit dröhnendem Pathos, als wäre er ein deutscher Charles de Gaulle, pochte Bundeskanzler Schröder darauf, dass über „existenzielle Fragen“ der deutschen Nation allein in Berlin entschieden werde. US-Präsident George W. Bush blaffte zurück: „Entweder bist du für uns oder für den Feind.“

Doch anders als traditionell üblich zuckten die einstigen atlantischen Musterhüter in Berlin diesmal nicht zurück. Damit hatten Bush und seine Anheizer nicht gerechnet. „Die Welt hat sich so daran gewöhnt, dass Deutschland immer Ja sagt, so dass ein klares Nein überrascht und hier

zu Lande viele zittern, wenn wir von unserem Recht Gebrauch machen, unsere Teilnahme an einer Intervention abzulehnen, die ein Rechtsbruch wäre“, sagte Egon Bahr, 80, der als langjähriger Berater Willy Brandts manche Kontroverse mit der US-Regierung wegen seiner Ostpolitik durchzustehen hatte, in einem „Freitag“-Interview: „Wir sollten uns an ein wenig mehr Mut gewöhnen.“

Würden Schröder und seine rot-grünen Freunde den aufbringen? Mit Spannung verfolgten die Medien vergangene Woche, wie lange Bundeskanzler Schröder und sein grüner Vize Fischer den Liebesentzug des Großen Bruders aushalten können.

Mussten sie nicht einknicken? War Schröder nicht nach London gereist, um seinen Sozialisten-Freund, Premierminister Tony Blair, um Vermittlung in Washington zu bitten? Hatte Fischer mit seinem Kollegen Colin Powell nicht schon insgeheim ein Versöhnungstreffen ausgeküngelt? Hat Struck bei der Herbstsitzung der Nato in Warschau dem Pentagon-Chef Rumsfeld nicht einen Kapitulationsbrief in die Jackentasche geschoben?

Nichts dergleichen. Die persönlichen Angriffe auf George Bush hatte Schröder in einem knappen Brief bedauert, sie ärgerten auch ihn. Trotz ihrer Furcht vor anhaltendem Zwist sahen die Deutschen die Beziehungen auf allen Ebenen als intakt an. Dass Blair den Amerikanern die deutsche Situation zu erklären vermag, könnte hilfreich sein, einen Auftrag dazu hat er nicht. Das Treffen in 10 Downing Street, zu dem Schröder vergangenen Dienstag nach London flog, war schon vor dem Hitler-Eklat geplant.

Auch das gut gemeinte Angebot des Nato-Generalsekretärs Lord Robertson, zwischen Washington und Berlin zu vermitteln, lehnte Struck im Einvernehmen mit seinem Kanzler ab: „Wir brauchen keinen Türöffner.“

Dass Fischer Mitte Oktober nach Washington reisen will, ließ der deutsche Au-

**SELTEN HAT EINE
US-REGIERUNG
EINEN BÜNDNIS-
PARTNER MIT
SO EISIGER
VERACHTUNG
BESTRAFT.**



US-Soldaten auf dem Nürnberger Parteitagsgelände



Reagan, Kohl vor dem Brandenburger Tor (1987)



Johnson, Erhard in Texas (28. 12. 1963)



Kohl, Clinton in Berlin-Tempelhof (1998)



(1945)



Kennedy in Berlin (26. 6. 1963)



Rosinenbomber der Luftbrücke über Berlin (1948)



Schröder kondoliert Botschafter Coats (r., 2001)



Sammlung von Care-Paketen (1946)



US-Soldaten, deutsche Frauen (1945)



Anti-Kriegs-Demonstration in Berlin (2001)

STATIONEN EINER TRANS-ATLANTISCHEN BEZIEHUNG

ßenminister zwar verlauten – um feste Gesprächspartner hat er sich aber bisher nicht bemüht. Trotz anhaltend vergifteten Klimas lenkten die Deutschen in der Sache nicht ein: „Ich habe nichts zurückzunehmen“, beharrte Kanzler Schröder am Wahlabend.

Dabei blieb es. In Warschau bekräftigte Verteidigungsminister Struck noch einmal die Haltung der Bundesregierung, die „aus bekannten Gründen militärische Maßnahmen gegen den Irak ablehnen wird“. Als „Quatsch“ wurden in Kanzler- und Außenamt Pressemeldungen bezeichnet, nach denen die Deutschen bereit seien, sich politisch und finanziell an einem Wiederaufbau nach einem Militärschlag der USA im Nahen Osten beteiligen zu wollen. Außenminister Fischer hatte zuvor in der „Frankfurter Rundschau“ den „Maßstab“ vernünftigen Handelns definiert: „Keine regionale Instabilität, keine Aktion allein von außen, die mit dem Verdacht des Neo-Kolonialismus behaftet wäre.“

Diese Diktion klingt vertraut – mit ähnlichen Worten argumentierten vor mehr als 30 Jahren die jugendlichen Demonstranten auf Deutschlands Straßen gegen den Vietnam-Krieg. Joschka Fischer, gerade 19 Jahre alt, bezog damals in Stuttgart erstmals Prügel von der Polizei. Und tatsächlich wiederholen die Straßenprotestierer von damals – jetzt in höchsten Regierungsämtern – ihren Widerstand gegen einen amerikanischen Krieg, der im Weißen Haus und im Pentagon organisiert und propagiert wird.

Damals sorgten sich junge Männer wie Fischer, selbst in einen abenteuerlichen Krieg hineingezogen zu werden. Schließlich hatte Präsident Lyndon B. Johnson kurz vor Weihnachten 1965 den deutschen Kanzler Ludwig Erhard um 200 Sanitäter und 1000 Pioniere gebeten, der Verteidigungsminister Robert McNamara sogar Kampftruppen aus Deutschland gewünscht. „Berlin wird in Vietnam verteidigt“, diesem amerikanischen Schlachtruf konnte sich die Bundesregierung nur mit Mühe entziehen.

Jetzt kann Gerhard Schröder, 58, Bundeskanzler, selbst anordnen, dass keine deutschen Soldaten auf Bagdad marschieren. Und wie in der Zeit um 1968 fühlen sich Schröder, Fischer und Co. auch dabei im Einklang mit der Mehrheit der Menschen in Europa, in den Ländern der Dritten Welt, mit der US-Opposition, ja, sogar mit Teilen der Regierung in Washington. Die erste messbare Bestätigung kam am vergangenen Freitag: Mit 180 von 183 Stimmen wurde Deutschland in den Welt sicherheitsrat gewählt.

In Deutschland wurden die rot-grünen Regierenden – trotz einer wenig glanzvol-

1. REIHE: KEYSTONE/DPA; 2. REIHE: J. SCOTT APPLEWHITE / AP; DPA; 3. REIHE: ULLSTEIN BILDERDIENST (L.); JENS KALAENE / DPA (M.); 4. REIHE: LIAISON / GAMMA / STUDIO X; HANS SCHALLER; STEPHANIE PILICK / DPA



STEVEN L. COOK / NAVY / DDP

US-Landungsschiff „Belleau Wood“: Zum Angriff bereit

len innenpolitischen Bilanz – nicht zuletzt wegen dieser Haltung wiedergewählt. Gewiss, sie waren wenig zimperlich bei ihrer Argumentation gegen den Krieg. Aber keinen Augenblick betrachten der Kanzler, sein Vizekanzler und der Verteidigungsminister ihren verbalen Widerstand als Aufkündigung der nach dem 11. September 2001 erklärten „uneingeschränkten Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Und schon gar nicht halten sie sich für antim Amerikanisch.

Karsten Voigt fasst die neue deutsche Selbstverständlichkeit schlicht zusammen: „Wir machen, was wir selber für sinnvoll halten“, sagt der SPD-Außenpolitiker, „und wir tun nichts, was wir nicht inhaltlich für richtig halten.“ Anders als früher fordern die Deutschen nicht Partnerschaft – sie praktizieren sie.

Lange schien der Konflikt kontrollierbar. Im Bewusstsein der beginnenden Wahlkampagnen in beiden Ländern hatten Präsident Bush und Kanzler Schröder im Januar dieses Jahres eine Verabredung darüber getroffen, wie – trotz möglicher scharfer Töne – die Ausweitung des Kriegs

gegen den Terrorismus auf den Irak öffentlich zu behandeln wäre:

Schröder gab Bush zu verstehen, dass er sich mit öffentlicher Kritik an den USA zurückhalten wolle. Im Gegenzug bedeutete ihm der Präsident, er werde den Deutschen vor der Bundestagswahl nicht mit einer Kriegsentscheidung in Schwierigkeiten bringen.

So blieb das offizielle Washington ziemlich gelassen, als Schröder – seine SPD war in den Umfragen ziemlich im Rückstand – Anfang August das Irak-Thema hervorholte. US-Botschafter Dan Coats meldete sich zwar im Kanzleramt und murrte auch öffentlich, aber Washington spielte seine Kritik als nicht so wichtig herunter: Coats, der in Washington kaum Freunde hat, habe nicht im Auftrag des State Department agiert. Besucher aus Deutschland mussten sich von Sicherheitsberaterin Rice allenfalls spitze Fragen gefallen lassen: Wer denn nun für die Deutschen der Bösewicht sei – Saddam Hussein oder George Bush?

In Rage brachten die Amerikaner erst einige absurde Vergleiche im hektischen Endspurt des deutschen Wahlkampfs. SPD-Fraktionschef Ludwig Stiegler, in

Washington reichlich unbekannt, machte den Anfang. Erst setzte er Amerika mit dem alten Rom und Bush mit dem Imperator Augustus gleich, der einst Germanien als Provinz dem Römischen Reich einverleiben wollte – und dann, einmal in Fahrt, verglich er auch noch den herrischen vormaligen Sowjet-Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, mit dem eher biedereren Coats.

Dann aber schlugen die Berichte über Däblier-Gmelins unselige Bush-Hitler-Assoziation ein. Die Verunglimpfung seiner Person betrachtete der US-Präsident als empörenden Bruch der Verabredung mit Schröder, zu dem er Vertrauen gefasst hatte. Von nun an wurde auch rückwirkend aufgerechnet – und so ziemlich jede kritische Äußerung zu schierem Anti-Amerikanismus umgedeutet.

Beschwor der deutsche Kanzler nicht den „deutschen Weg“, der in aller Welt Ängste vor den unberechenbaren Teutonen auslöst? Hatte nicht der „Tagethemen“-Moderator Ulrich Wickert gehöhnt, Bush und Osama Bin Laden verbänden dieselben „Denkstrukturen“? War da nicht ein Modeschöpfer namens Joop, der meinte, Amerika trage selbst eine Mitschuld an den Terrorangriffen auf das World Trade Center und das Pentagon? Hatte nicht der deutsche Komponist Karlheinz Stockhausen die Akte des Terrors in New York als „das größte Kunstwerk“ bezeichnet? Immerhin wurde der glückliche 1:0-Sieg der deutschen Nationalmannschaft über das Team der USA bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südkorea noch nicht als feindlicher Akt bewertet.

Jeffrey Gedmin, der Direktor des Berliner Aspen-Instituts, zählte öffentlich alle



1919: US-Präsident Wilson (rechts) in Versailles

Deutsch-amerikanische Chronik

1827 Johann Wolfgang von Goethe schreibt eine Eloge auf die USA, beginnend mit dem inzwischen legendären Satz: „Amerika, du hast es besser.“ Von 1820 bis 1930 wandern 5,9 Millionen Deutsche **nach Amerika aus**.

1848 Als einzige Großmacht der Welt **erkennen die Vereinigten Staaten die Frankfurter Nationalversammlung an**, die die alte Feudalordnung durch ein demokratisches Deutschland ablösen will.

1852 Nach dem Scheitern der 48er Revolution

emigriert der deutsche Revolutionär Carl Schurz in die USA. Er wird später amerikanischer Innenminister.

1903 Der deutsche Bankier Max Goldberger, Mitbegründer der Dresdner Bank, veröffentlicht das USA-Buch „**Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten**“.

1917 Kaiser Wilhelm II. ordnet den uneingeschränkten U-Boot-Krieg an. Daraufhin treten die Vereinigten Staaten gegen Deutschland in den **Ersten Weltkrieg** ein.



1918: Ankunft von US-Soldaten in Le Havre

1919 Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson wird in der Weimarer Republik zum **verhasstesten ausländischen Politiker**. Er habe die Gebietsabtretungen, die der Friedensvertrag von Versailles dem Reich auferlegte, nicht verhindert, werfen deutsche Politiker ihm vor.

1933 Hitler kommt an die Macht. Mehr als 100 000 Menschen **retten sich** in den folgenden Jahren vor der Verfolgung durch die Nazis **in die USA**.

1941 bis 45 Nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor beteiligen sich die Amerikaner am **Zweiten Weltkrieg** und tragen entscheidend dazu bei,



Kollegen Fischer, Powell: „Tief beunruhigt und beleidigt“

Missetaten der Deutschen auf, die vorgeben, die USA zu lieben: „In dieser Phase unserer gegenseitigen Beziehungen haben wohl viele Amerikaner von einer solchen Liebe langsam genug“ (siehe Seite 120).

Keine Frage: Die Deutschen provozieren eine Zerreißprobe. Aber waren denn die Amerikaner ganz frei von Schuld? Schließlich sei Bush es gewesen, der Hoffnungen der Deutschen und der Europäer auf engere Zusammenarbeit regelmäßig in den Wind geschlagen habe – von der globalen Erwärmung bis hin zu Sonderzöllen für EU-Importe, stets habe der Präsident ausschließlich das eigene Interesse im Auge gehabt, hielt der Europa-Kenner Ivo Daalder von der renommierten Brookings Institution dem Weißen Haus vor. Wenn die Atmosphäre vergiftet sei, habe Bush sie „schon vor langer Zeit vergiftet“.

Zwar ist mittlerweile der „krachlederne“ (Schröder) Bayer Stiegler aus dem Amt entfernt, und die spitzzüngige Schwäbin Däubler-Gmelin darf nicht mehr ins neue Kabinett. Aber „außer Herta“ gebe es nichts, wofür sich Berlin entschuldigen müsse, meinte ein Berliner Kabinettsmitglied.

Dass die Deutschen nach der Wahl keine Neigung zeigten, ihren Kurs zu revidieren,

provozierte Amerikas Hardliner weiter. Die Amerikaner wollen Wiedergutmachung, und deutschen Diplomaten fallen rasch genügend Gaben ein, die Washington gern nähme: Unterstützung bei der Strafverfolgung von Terroristen wie Ramzi Binalshibh und Zacarias Mousaoui, mehr Verantwortung für die Friedenssicherung in Afghanistan und manches andere.

Doch vor allem wollen sie eines: Dass die Deutschen endlich aufhören, mit ihrem Widerstand gegen den Irak-Feldzug all denjenigen zu helfen, die Bushs Kurs – bisher – insgeheim ablehnen.

Washingtons Granden zahlten mit kleiner Münze heim.

Genüsslich berief sich Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf die Sprachregelung aus dem Weißen Haus: Er ließ den neuen deutschen Kollegen Peter Struck abblitzen, als der vor einem Nato-Ministertreffen in Warschau um ein halbstündiges Gespräch zum Kennenlernen bat. Rumsfeld nahm den Kollegen in der vergangenen Woche sogar öffentlich auf die Schippe: „Wer im Loch steckt, sollte nicht noch tiefer buddeln“, höhnte der Pentagon-Chef in

einer Pressekonferenz auf die Frage, was die Deutschen denn tun sollten, um wieder Wohlwollen zu erlangen.

So ist der Arbeitsplatz des deutschen Botschafters in Washington so ziemlich der undankbarste, den die Bundesregierung derzeit zu vergeben hat – aber auch einer der wichtigsten. Wolfgang Ischinger, 56, tingelt seit Wochen von Talkshow zu Zeitungsredaktion, um der interessierten amerikanischen Öffentlichkeit Deutschland zu erklären. Ob es nützt? Eigentlich sollte in Washington keine deutsche Botschaft mehr stehen, sondern ein neongrünes Schild mit der Aufschrift: „Go to hell, Yankee imperialists“, höhnt der kritische „Economist“.

Schröder brauche sich in Washington so bald nicht mehr sehen zu lassen, wurde aus der US-Hauptstadt bedeutet. Es reiche, wenn Außenminister Fischer – bitte nicht vor Mitte Oktober – bei seinem Kollegen Colin Powell vorbeikomme. Man sei ja durchaus bereit, mit einer demokratisch gewählten Regierung in Berlin zusammenzuarbeiten, giftete Bush-Pressesprecher Ari Fleischer, aber niemand solle „sich der Illusion hingeben“, dass nun nach der Wahl „alles wieder wie vorher wäre“.

Der deutsche Wunsch nach einem permanenten Sitz im Sicherheitsrat, so hieß es in Washington, werde einstweilen unerfüllt bleiben.

Den handelnden Politikern offenen Anti-Amerikanismus zu unterstellen, so weit gehen, bisher, aber nicht einmal Politikrabbauken wie der greise Südstaaten-Senator Jesse Helms, der – eine Art Reflex aus der Zeit des Kalten Krieges

– den Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland fordert. Was aber ist es dann? Warum artikuliert sich in den vergangenen Jahren in Deutschland wachsender Widerstand gegen die USA?

Die Antwort klingt paradox: Viele Auseinandersetzungen sind gerade der Ausdruck enger Verbundenheit. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schien es zunächst, als sei der transatlantischen Familie der böse Nachbar abhandeln gekom-

**JEDE KRITISCHE
ÄUSSERUNG
WURDE ZU
SCHIERER
AMERIKA-
FEINDLICHKEIT
UMGEDEUTET.**

Nazi-Deutschland niederzuringen.

1944 Der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau fordert, **Deutschland** nach der Niederlage **zu einem Agrarland zurückzustufen**. Präsident Franklin D. Roosevelt paraphrasiert das Papier, distanziert sich aber später.

1946 **Care-Pakete**: Die Organisation Cooperative for American Remittances to Europe schickt Hilfslieferungen in das kriegszerstörte Deutschland.

3. April 1945: US-Soldaten in Kassel



1948 bis 52 **Marshall-Plan**: Deutschland profitiert vom Europäischen Wiederaufbauprogramm des amerikanischen Außenministers George C. Marshall.

Juni 1948 bis Mai 49

Die Sowjetunion blockiert alle Zufahrtswege nach West-Berlin. Auf Anordnung des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone, Lucius D. Clay, werden die West-Berliner über eine **Luftbrücke** versorgt.



1968: Vietnam-Demonstration in Berlin

Juni 1963 Präsident John F. Kennedy besucht Deutschland. In seiner Rede vor dem Schöneberger Rathaus sagt Kennedy auf Deutsch: „**Ich bin ein Berliner!**“

1968 **Studenten demonstrieren gegen den Vietnam-Krieg** der USA. Auf dem internationalen Vietnam-Kongress in Berlin ruft Rudi Dutschke zu „direkten Aktionen“ gegen die Amerikaner auf.



US-Transportjets in Frankfurt am Main, Minister Struck (hinten l.), Rumsfeld (vorn r.): „Wer im Loch sitzt, soll nicht noch tiefer buddeln“

men – prompt legten sich die Familienmitglieder miteinander an. Individuelle Schicksale bewegten in den vergangenen Jahren zusehends die Öffentlichkeiten beiderseits des Atlantiks. Der Disput um die „Entführung“ von Kindern aus geschiederten binationalen Ehen erregte in den USA die Menschen. In Deutschland sorgte die Hinrichtung der deutschen La-Grand-Brüder im Todestrakt eines US-Gefängnisses für Empörung. Handelszwise um genmanipuliertes Futtermittel, Bananen oder Stahl eskalierten binnen Tagen zu größeren politischen Affären.

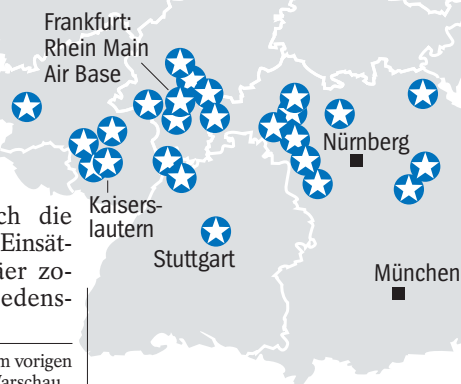
Noch ist die Suche nach neuen weltpolitischen Ordnungskategorien nicht beendet, doch dass die Akteure beiderseits des Atlantiks langsam auseinander driften, wird immer deutlicher (siehe Seite 126). Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts bereiteten sich die USA auf globale, schnelle Hightech-Einsätze ihres Militärs vor. Die Europäer zogen es unterdessen vor, die „Friedens-

Angehörige insgesamt
Army
42 300
Air Force
15 100
Sonstige
680



US-Stützpunkte in Deutschland

mit jeweils mehr als tausend Soldaten und zivilen Angehörigen



dividende“ aus der Abrüstung der Kalten-Kriegs-Armeen einzustreichen.

Mehr noch als die mörderischen Anschläge am 11. September 2001 scheint ein zweiter Irak-Krieg zur Wendemarke in der Weltpolitik zu werden. In den nächsten Wochen werden die Vereinigten Staaten endgültig die historische Entscheidung treffen, ob sie einen Präventivkrieg gegen den Irak entfesseln, mit dem Ziel, einen Regimewechsel in Bagdad zu erzwingen. Das wäre ein eindeutiger Verstoß gegen die Uno-Charta, die nur Selbstverteidigung, aber keine vorbeugende Attacke zulässt.

Nach dem schrecklichen 11. September hatten die Verbündeten der Vereinigten Staaten noch nach traditionellem Muster reagiert: Solidarität von allen Seiten und allen Institutionen. Die Vereinten Nationen – gegründet 1945 in San Francisco auf Betreiben der Amerikaner – verabschiedeten umgehend eine Resolution gegen die Terroristen und für die USA. Die Nato, das westliche Militärbündnis, das einst gegründet worden war, um die Sowjetunion draußen, Deutschland unten und Amerika in Europa zu halten, erklärte erstmals den

* Mit Nato-Generalsekretär George Robertson am vorigen Dienstag bei der Herbsttagung der Allianz in Warschau.

1983 Hunderttausende protestieren gegen den **Nato-Doppelbeschluss** und den Beginn der Raketenstationierung in Europa.

1985 Bundeskanzler Helmut Kohl besucht zusammen mit US-Präsident Ronald Reagan den **Soldatenfriedhof** in Bitburg. Der Besuch wird kritisiert, weil auf dem Friedhof auch **SS-Mitglieder** begraben sind.

1989 Nach dem **Fall der Mauer** drängt Präsident George Bush die französische und die britische Regierung, ihre Skepsis gegen eine deutsche Vereinigung aufzugeben.

1991 Während des **Golfkriegs** läuft die logistische Versorgung der amerikanischen Armee auch über Deutschland. Mit Parolen wie **„Kein Blut für Öl“** demonstrieren Zigtausende gegen den Krieg und die USA.

März 2001 Zwei Monate nach dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten George W. Bush reist Gerhard Schröder nach Washington. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die **Differenzen** zwischen Deutschland und den USA **beim Klimaschutz**.



2001: US-Botschaft in Berlin nach den Terror-Anschlägen in den USA

September 2001 Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon spricht Kanzler Schröder von der **„uneingeschränkten Solidarität“** mit den Amerikanern.

2002 Im Wahlkampf verkündet Bundeskanzler Gerhard Schröder mehrmals, **Deutschland werde sich nicht an einem Krieg gegen den Irak beteiligen**. Die Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Condoleezza Rice, nennt die deutsch-amerikanischen Beziehungen „vergiftet“.

Unterstützungsfall für ein Mitgliedsland. Kein Land der Europäischen Union stand abseits.

Jetzt aber stößt die offene Bereitschaft der Amerikaner zu Alleingängen auf den massiven Widerstand vieler Europäer, deren außenpolitische Philosophie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Selbsteinbindung in feste Bündnisse besteht: Die Europäische Union, Nato, OSZE und Uno sind in den Hauptstädten keine Organisationen, deren man sich nach Bedarf und Interessen bedient, sondern deren Wünsche umgekehrt auch die Mitgliedstaaten manchmal nur schwer ausschlagen können.

Mit den Ordnungsvorstellungen der Amerikaner, die sich bisweilen auf die manichäische Weltsicht des texanischen Terrorbekämpfers George W. Bush konzentrieren lassen, sind solche multilateralen Organisationen allerdings schwer zu vereinbaren.

Nirgendwo wird das deutlicher – und bedrohlicher – als im Nahen Osten. Spätestens seit dem 11. September 2001 betrachten die politischen Denker und Akteure auf beiden Seiten des Atlantiks gleichermaßen die Region vom Maghreb bis Paki-

stan als gefährlichste Krisenzone des Globus. „Nirgends ist der Zusammenhang zwischen Regionalkonflikt und Terrorismus sinnfälliger als im Nahen und Mittleren Osten“, erläuterte Außenminister Joschka Fischer vor zwei Wochen bei den Vereinten Nationen.

Der „Durchbruch zum Frieden“ dort sei somit „von größter Bedeutung“.

Doch der Weg zum Frieden ist zwischen Europa und Amerika umstritten. Während die USA am liebsten – angefangen mit Bagdad – eine Liste von Schurkenstaaten abarbeiten wollen, plädiert vor allem Deutschland dafür, das Problem genau andersherum anzugehen: „Die große Frage ist, ob ein Krieg gegen Irak das geeignete Mittel ist, eine Neuordnung des Nahen Ostens einzuleiten“, argumentiert Fischer, „oder ob der Weg, einen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern zu erreichen, nicht der angemessenere wäre.“ Ein Angriff auf Saddam Hussein – das wäre der Beginn einer „konfrontativen Lösung“, die nur immer neue, womöglich größere Konflikte in der Region erzeugen würde.

Die Katastrophe wird absehbar: Inzwischen scheuen sich irakische Sunniten nicht mehr, offen ihre Sympathie für den Paten des 11. September zu bekunden. „Wir unterstützen jede Front, sei es eine islamische oder eine andere, die sich der teuflischen Arroganz der Amerikaner stellt“, sagte vergangene Woche Scheich Bakr al-

**IN DEN VERGAN-
GENEN JAHREN
WUCHS IN
DEUTSCHLAND
DER WIDER-
STAND GEGEN
DIE USA.**



Heeresspezialisten für die Abwehr atomarer, biologischer und chemischer Kampfmittel in Kuwait

Fallschirmjäger bei Patrouillenplanung in Afghanistan

Weltweite Einsätze der Bundeswehr: Lob für das bisherige Engagement der Deutschen

Samrai zu Reportern von SPIEGEL TV. Erstmals demonstrierte damit ein irakischer Würdenträger wohlwollendes Verständnis für Osama Bin Laden.

Von den Querelen um die richtige Irak-Politik auf eine neue – und womöglich gründlich verschlechterte – Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu schließen halten die Regierenden in Berlin dennoch für verfehlt. Die Welt habe sich verändert, sagt Fischer, nicht das Verhältnis zwischen den Ländern.

Tatsächlich wechselte seit Bestehen der Bundesrepublik der Charakter der Beziehungen zu den USA stetig zwischen selbstbewusstem Auftreten und zerknirschter Unterwerfung. Das persönliche Verhältnis zwischen den Staatsmännern an der Spitze prägte dabei nicht selten die Politik der Regierungen.

Es begann vor 53 Jahren: Am 21. September 1949 setzte Konrad Adenauer ein bis heute gültiges symbolisches Signal. Als er auf dem Petersberg bei Bonn den Alliierten sein Kabinett vorstellte, war der Teppich eigentlich nur für die Hohen Kommissare ausgelegt worden. Doch Adenauer, der davor stehen bleiben sollte, scherte sich nicht um das Protokoll und gesellte sich zu den alliierten Vertretern.

Dabei wusste keiner besser als „der Alte“ von Rhöndorf, wie wichtig ein enges und vertrauensvolles transatlantisches Verhältnis für die Entwicklungschancen der kriegszerstörten deutschen Nachkriegsrepublik war. Deshalb hielt er sich gewöhnlich pingelig an die Vorgaben, die die Westalliierten – allen voran die Amerikaner – für die Aufnahme Deutschlands in die atlantische Staatengemeinschaft aufgestellt hatten: Wiederaufrüstung und Integration in militärische und ökonomische Bündnisse. Im Bundestag musste er sich deshalb 1949 von seinem sozial-

demokratischen Gegner Kurt Schumacher als „Kanzler der Alliierten“ beschimpfen lassen.

Adenauer erfüllte dennoch die Verpflichtungen, die er gegenüber US-Präsident Dwight D. Eisenhower eingegangen war. Kritik am Schutzherrn in Washington übte der spöttische Greis nur indirekt, in privaten Gesten. Als Eisenhower den Bundeskanzler in Erinnerung an seine Zeit als Nato-Oberbefehlshaber mit einem selbst gemalten Bild beglückte, bedankte sich

Adenauer überschwänglich. Das Bild hänge bei ihm an der Wand und werde immer wieder von Besuchern bewundert, ließ er den Präsidenten wissen.

Tatsächlich aber wanderte das Gemälde des präsidialen Hobbymalers in irgendeine Abseite – bis Außenminister John Foster Dulles bei einem Deutschlandbesuch überraschend das Werk seines Chefs zu sehen begehrte.

Geistesgegenwärtig tröstete Adenauer seinen Gast zunächst, um diskret den Auftrag zu geben, das Bild in aller Eile zu rahmen und anschließend im Ruheaum aufzuhängen.

Dort wurde es Dulles dann nach einem gemeinsamen Mittagessen vorgeführt. Wenn er hier liege, schmeichelte Adenauer seinem amerikanischen Freund, „dann ruht mein Blick auf diesem Bild, und ich sage mir, das hat dir der erste Mann des stärksten Landes der westlichen Welt persönlich geschenkt“.

Sechs Jahre nachdem der Kanzler und sein Kabinett 1950 in geheimer Sitzung die deutsche Wiederbewaffnung beschlossen hatten, rückten die ersten Soldaten ein. Die Bundesregierung wurde trotzdem von den USA beschimpft, dass sie den Truppenaufbau nicht schneller hinbekomme.

Adenauer wählte sich fest mit dem amerikanischen Außenminister Dulles befreundet – dennoch mäkelt er über die

angebliche deutsche Sturheit und fragte, ob die „großen Anstrengungen“ der USA angesichts der deutschen Illoyalität eigentlich noch „gerechtfertigt sind“.

1961 erlebte Adenauer beim Bau der Berliner Mauer, dass die USA aus Sorge vor einem Nuklearkrieg dem deutschen Verbündeten eher symbolisch beisprangen: Statt den Bau der Mauer zu verhindern, wurde ein Showdown der Panzer am Checkpoint Charlie inszeniert.

Mochten auch die Abhängigkeiten von Washington anfangs deutlicher, die Dankbarkeit der von den Nazis erlöst und durch den Marshall-Plan zu neuem Wohlstand gelangten Deutschen größer sein – das Grundmuster des rapiden Wechsels zwischen Eigeninteressen der Partner und Bündnistreue blieb bis zur Wiedervereinigung.

1965 durfte Ludwig Erhard mit Präsident Lyndon B. Johnson sogar weihnachtlich feiern. In Washington wurden deutsche Lieder – „Ihr Kinderlein kommet“ und „O Tannenbaum“ – gesungen, doch anschließend forderte Johnson deutsche Soldaten für Vietnam. Nur mit knapper Not und unter Verweis auf das deutsche Grundgesetz gelang es Bonner Vasallen, die Anforderung abzuwenden; stattdessen ging das Hospitalschiff „Helgoland“ vor Vietnam vor Anker.

Anfang der siebziger Jahre registrierte Henry Kissinger, Sicherheitsberater und später US-Außenminister, mit Unmut, wie der deutsche Kanzler Willy Brandt höchst eigenwillig die Annäherung an den Ostblock betrieb. Später übernahm Kissinger dann die deutsche Linie: „Wenn schon Entspannung, dann machen wir sie“, soll er gesagt haben. US-Präsident Richard Nixon blieb ungnädig. „Guter Gott“, ließ der Amerikaner sich einmal über Brandt aus, „wenn das Deutschlands Hoffnung ist, dann hat Deutschland nicht viel Hoffnung.“

Ende der Siebziger drängte Helmut Schmidt den ungeliebten US-Präsidenten

**DER PRÄSIDENT
UND SEIN
GAST SANGEN
DEUTSCHE
WEIHNACHTS-
LIEDER IM
WEISSEN HAUS.**



Bundesmarine am Horn von Afrika

Jimmy Carter in eine nächste Rüstungsrunde gegen die Russen. Doch der Deutsche fürchtete, dass die Amerikaner sonst klammheimlich ihre Sicherheitsgarantie für Westdeutschland kassieren würden. Der berühmte Nato-Doppelbeschluss schwächte Schmidts Stellung in der eigenen Partei und damit auch die Kanzlerschaft – sein Verhältnis zu den Amerikanern hat das nicht verbessert: „In meiner Skepsis gegenüber den USA lasse ich mich nicht übertreffen“, sagte Schmidt, der zu Beginn seiner Amtszeit als begeisterter Atlantiker galt.

1989 glaubte der amerikanische Präsident George Bush senior, dass die Deutschen kein militaristisches Volk mehr seien. Nach Jahren als Vizepräsident schätzte er besonders den deutschen Kanzler Helmut Kohl. So wurde Bush zum Schlüsselspieler, als in Berlin die Mauer fiel.

Während der französische Präsident François Mitterrand und die britische Premierministerin Margaret Thatcher die deutsche Vereinigung zunächst ablehnten, gefiel Bush von Anfang an der Gedanke, die amerikanische Einflusszone weiter nach Osten verschieben zu können. Der US-Präsident beschwichtigte Mitterrand und Thatcher. Helmut Kohl ging als Kanzler der Deutschen Einheit in die Geschichtsbücher ein.

Es war Vater Bush, der die Deutschen zu Partnern „in Leadership“ erhob, was aber Kohl mit großer Zurückhaltung aufnahm. Allenfalls Europa könnte einmal in diese Rolle heineinwachsen, wusste er, gewiss nicht eine Mittelmacht wie Deutschland.

Trotzdem war das wiedervereinigte Deutschland mit dem ewigen Kanzler Kohl während der neunziger Jahre in Washington eine wohlvertraute und verlässliche Größe – wenn auch angesichts der verän-

derten Weltlage nicht mehr allzu wichtig. Dennoch hätte sich niemand, der die Entwicklung der bilateralen Beziehungen über Jahrzehnte verfolgte, vorstellen können, dass einmal ein deutscher Kanzler fröhlich ins Oval Office des Weißen Hauses treten könnte, um den Präsidenten „auf 'ne Nudel“ beim Italiener an der Brücke in Georgetown abzuholen. Die fröhlichen Fressgelage von Bill Clinton und Helmut Kohl sind Legende.

Zwischen Kanzler Schröder und George W. Bush schien solche Freundlichkeit ausgeschlossen. Der soziale Aufsteiger und außenpolitische Neuling aus Deutschland näherte sich dem Millionärs- und Präsidentensohn aus Texas mit jener Mischung aus neugierigem Respekt und herausfordernder Rivalität, mit der er sich vom Dorf-Fußball-Star bis ins Bundeskanzleramt hochgekämpft hatte.

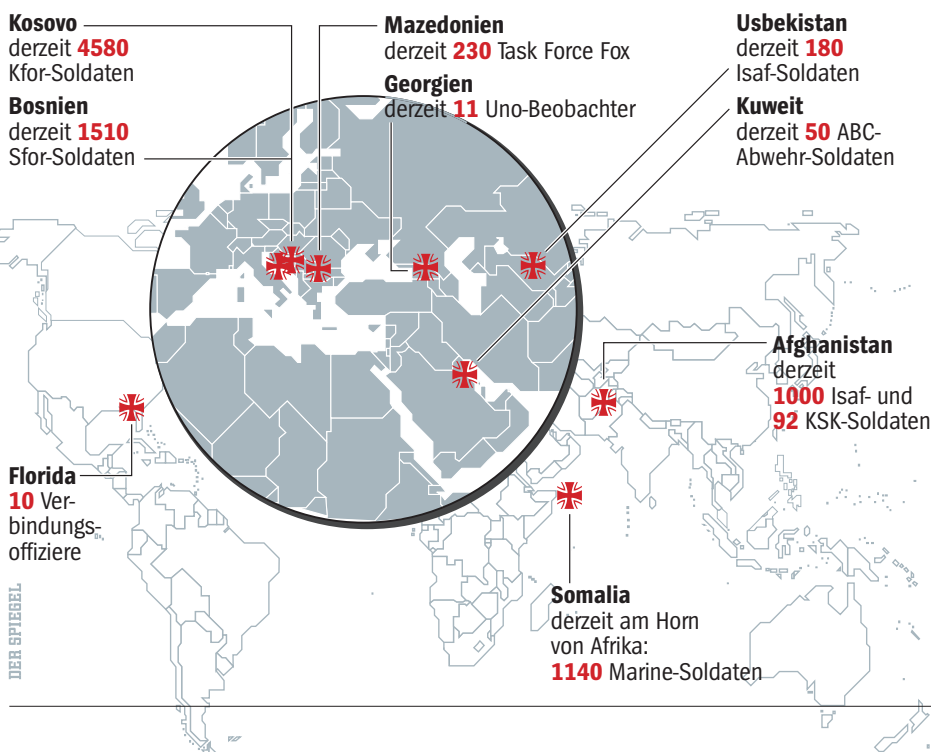
Schröder suchte sofort die Kraftprobe – über Kyoto und über die Besetzung des Direktorpostens beim Internationalen Währungsfonds. Seine Philosophie: Wenn er gegen den übermächtigen Amerikaner verliere, wundere sich keiner, das wäre normal. Wenn er aber gewänne, wäre er der Größte. George Bush dürfte das zunächst wenig beeindruckt haben.

Als am 11. September vergangenen Jahres die Türme des World Trade Center fielen, hatte das auf Schröder eine tiefe Wirkung: Er war zu Tränen gerührt, seine „uneingeschränkte Solidarität“ kam aus voller Überzeugung. Zugleich aber ahnte der Instinktpolitiker Schröder, dass von diesem Augenblick an die weltpolitische Ordnung neu geregelt werde – und bei diesem Spiel wollte er mitmischen, ganz vorn.

Bei seiner nächsten Begegnung mit Bush entdeckte der in dem Deutschen einen Freund. Der definierte Freundschaft freilich ganz anders – nicht als bedingungslose Gefolgschaft, sondern als Voraussetzung, einander auch unbequeme Wahrheiten sagen zu dürfen.

Das macht die derzeitige Krise zwischen Berlin und Washington zu einem ernsthaft-

Auslandseinsätze der Bundeswehr



„Angst vor einer Eiszeit“

Der amerikanische Publizist Jeffrey Gedmin über das Zerwürfnis zwischen Berlin und Washington

Gedmin, 44, geboren in Washington, gilt als einer der besten Kenner des transatlantischen Verhältnisses. Der Publizist lebt in Berlin, wo er die Zweigstelle des renommierten amerikanischen Aspen-Instituts leitet.

SPIEGEL: Mister Gedmin, welche Schritte erwartet Präsident Bush von der Bundesregierung, um die zerrütteten Beziehungen wieder in Ordnung zu bringen?

Gedmin: Ich habe den Eindruck, die deutsche Seite denkt an einen einfachen Katalog von Maßnahmen, so nach dem Motto: Sagt uns doch, sollen wir hier oder da einen Scheck schreiben oder noch ein paar Soldaten in das Kosovo und nach Afghanistan schicken, und dann ist ja wohl alles wieder in Ordnung. Schröder fährt zu Blair nach London und fragt nach dem einen roten Knopf, den er drücken muss. So einfach wird es nicht werden. Dazu ist schon zu viel Porzellan zerschlagen, Washingtons Ärger sitzt tief. Die Angst vor einer Eiszeit der Beziehungen ist nicht ganz unberechtigt.

SPIEGEL: Die amerikanische Regierung macht ihr Missfallen sehr öffentlich. Verteidigungsminister Rumsfeld verweigert seinem deutschen Amtskollegen Struck einen öffentlichen Händedruck, der Präsident sendet nicht einmal ein knappes Glückwunschtelegramm zum Wahlsieg. Ist das nicht kleinkariert?

Gedmin: Man kann das für albern halten. Aber die Vorgeschichte ist doch so, dass Schröder im Wahlkampf mit der Irak-Kriegsfrage populistisch auf Stimmenfang ging und auf einen militanten Pazifismus sowie mögliche antiamerikanische Stimmungen setzte. Das alles mit Formulierungen, die gelegentlich an Provokation grenzten ...

SPIEGEL: ... und die doch eher milde sind im Vergleich zu denen, die in den USA fallen. Ex-Präsident Jimmy Carter nannte die Bush-Doktrin des Präventivkriegs eine gefährliche „radikale Abkehr“ von 50-jähriger amerikanischer Tradition in der Außenpolitik; Fast-Präsident Al Gore sprach von

„schwerem internationalem Schaden“. Sind das auch Anti-Amerikaner?

Gedmin: Es geht nicht nur um die Auseinandersetzung, was der richtige außenpolitische Weg ist. Schröder hat die Angst vor einem Krieg geschürt, als ob in Bagdad deutsche Soldaten fallen würden. Dabei hat die US-Regierung Berlin gar nicht um einen militärischen Beitrag gebeten. Und dann spielt da noch etwas mit: Den Deutschen fühlten – und fühlen – sich Ameri-



Politikberater Gedmin: „Wir kennen unsere Grenzen“

kaner besonders nahe. Der Marshall-Plan, die Rosinenbomber, die Schutzmachtfunktion, die begeisterte Unterstützung der Wiedervereinigung ...

SPIEGEL: Sie vermissen Dankbarkeit?

Gedmin: Es gibt ein besonderes Verhältnis zwischen unseren Völkern. Gehen Sie in irgendeine amerikanische Kneipe und sagen Sie, dass Sie Deutscher sind. Sofort haben Sie die Sympathien auf Ihrer Seite, ebenso wie zahlreiche positive Bezugspunkte: Mein Sohn war als GI in Heidelberg, werden die einen sagen; meine Tochter hat in Ramstein einen Deutschen kennen gelernt und später geheiratet. Jetzt haben wir nach dem 11. September eine Bedrohung, und die Deutschen unterstützen uns nicht einmal moralisch, behindern vielleicht sogar unsere militärischen Unternehmungen: Das schockt die Menschen.

SPIEGEL: Schröder ist im Anti-Terror-Kampf doch, wie er selbst sagt, uneingeschränkt

Antiamerikanische Demonstration in Berlin*
„Viel Porzellan zerschlagen“

solidarisch an der amerikanischen Seite. Er beruft sich geradezu auf die intakte Freundschaft, weil auf dieser Grundlage ein Dissens wie jetzt beim Irak-Problem auszuhalten sei. Saddam Hussein aus dem Amt zu bomben erscheint vielen Deutschen völkerrechtlich illegal und wenig vor-dringlich.

Gedmin: Schröder hat im Wahlkampf kategorisch ausgeschlossen, die USA bei einem Schlag gegen den Diktator von Bagdad zu unterstützen – auch wenn die Vereinten Nationen dem militärischen Vorgehen zustimmen.

SPIEGEL: Er setzt auf die internationalen Waffenkontrollen, und mehr als deren sofortige Rückkehr in den Irak und die Zerstörung gefundener Waffen hat die Uno auch noch nicht beschlossen. Bushs halberherziger Schwenk zum Multilateralismus mit seinem Gang zur Uno kommt vielen wenig überzeugend vor: Er hat doch schon gesagt, die USA würden den Krieg auch allein führen.

Gedmin: Ich glaube fest daran, dass wir im Sicherheitsrat eine Resolution bekommen, die den Weg zu Aktionen frei macht. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Deutschland abseits stehen wird, wenn Amerikaner, Briten und vielleicht sogar Franzosen gegen Saddam kämpfen. Wohl-gemerkt: Das wäre nicht unser Problem, sondern Ihres – Berlin wäre dann endgültig international isoliert.

SPIEGEL: Wie wird Schröder aus diesem Dilemma herauskommen, sollte der Sicherheitsrat tatsächlich Gewalt gegen Saddam legitimieren?

Gedmin: Er könnte vor das deutsche Volk treten und sagen: Mir lagen Beweise für



* Am 19. Dezember 1998.

irakische Massenvernichtungswaffen bisher nicht vor, und ich war sehr skeptisch. Auf Grund einer neuen Informationslage habe ich meine Position überdacht und geändert.

SPIEGEL: Das wird sehr schwer, nicht nur für ihn, sondern auch für seine Koalition. Viele würden von einem Wortbruch sprechen.

Gedmin: Ich weiß, der Pazifismus ist stark, und ich kenne auch die historischen Gründe für diese Kultur der Zurückhaltung im Nachkriegsdeutschland. Allerdings wird Pazifismus in Berlin nicht nur als Erklärungsmuster gebraucht, sondern als schlichte Ausrede für ein Nichthandeln, wo Handeln an der Seite der Verbündeten Not tut. Deutschland träumt wohl immer noch davon, wie eine Großausgabe der Schweiz agieren zu können. Und es ist unflexibel, geradezu dogmatisch in seinem Ansatz. Wir stehen aber vor wirklich neuen Herausforderungen beim Kampf gegen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen.

SPIEGEL: Und deshalb muss Berlin Bush blind folgen? In Afghanistan unterstützt die deutsche Regierung die USA, weil von dem dortigen Boden aus mit aktiver Unterstützung der Machthaber von Kabul Terroristen gegen die westliche Welt losgeschickt wurden. Die Verbindungen der Qaida in den Irak sind doch allenfalls lose. Und wenn es um Unterstützung für den Terror geht: Müsste Washington da nicht eher gegen den Partner Saudi-Arabien vorgehen?

Gedmin: Die amerikanische Regierung glaubt, Saddam könnte den Irak zum Su-

permarkt, zum Magneten für Terroristen machen: Er hat das Geld, die Waffen und ganz sicher die böse Absicht. Im Übrigen teile ich Ihre Meinung, dass Saudi-Arabien islamistischen Terror exportiert und finanziert. Wir müssen uns da neu positionieren, aber aufpassen, dass wir statt des Königs nicht einen noch unerfreulicheren, radikal-islamistischen Herrscher an die Macht hieven.

**»IN DER EHE
ZWISCHEN DEN
AMERIKANERN
UND DEN
DEUTSCHEN
FLIEGEN JETZT
DIE FETZEN.«**

SPIEGEL: Woher beziehen Sie Ihren Optimismus, dass es in Bagdad nach dem Sturz Saddams bald eine gemäßigte, womöglich demokratisch legitimierte Regierung geben wird?

Gedmin: Gegenüber Saddam ist doch alles ein Fortschritt. Aber zugegeben, das mit der Demokratie dort wird nicht so schnell gehen.

SPIEGEL: Schröder und Fischer scheinen nicht daran zu glauben, dass die Amerikaner den langen Atem haben und dazu bereit sind, womöglich zehn Jahre und mehr im Irak beim Wiederaufbau des Staates mitzuwirken.

Gedmin: Wir Amerikaner hängen in der Tat Instant-Lösungen nach und haben manchmal Probleme mit dem langen Atem. Gerade da wären unsere europäischen Partner gefragt, sie sollten unbedingt beim Aufbau demokratischer Institutionen mitwirken – voran die Deutschen.

SPIEGEL: Sie haben Kanzler Schröder in einem offenen Brief aufgefordert, endlich zum Telefon zu greifen und Bush anzurufen. Geht der ran, wenn's klingelt – oder setzt der Mann im Weißen Haus womöglich auch auf einen Regimewechsel in Berlin?

Gedmin: Manchmal mag es nicht so aussehen, aber auch wir Amerikaner kennen unsere Grenzen. Nein, im Ernst: Kommunikation ist notwendig, ein offener und harter Gedankenaustausch. Der Streit sollte nicht öffentlich ausgetragen werden, das schürt nur die Entfremdung. Die Deutschen und die Amerikaner sind wie ein Paar, bei dem nach Jahrzehnten harmonischer Ehe jetzt die Fetzen fliegen. Da ist es nicht damit getan, sich Blumen oder Pralinen zu schenken. Man muss über erste Gesten hinaus wieder das Vertrauen aufbauen.

SPIEGEL: Und das dauert?

Gedmin: Ja, nicht Wochen, sondern mindestens einige Monate. Aber am Schluss steht die Versöhnung, sofern man nicht immer die alten Geschichten aufwärmt.

INTERVIEW: ERICH FOLLATH



Verbündete Blair, Schröder
Bitte um Vermittlung?

ten Problem, wie der amerikanische Top-Diplomat Richard Holbrooke sagt: „Weil es so persönlich ist zwischen den Menschen Bush und Schröder.“ Die Personalisierung der Politik könne durchaus hilfreich sein. „Manchmal führt sie allerdings auch in die falsche Richtung. Das ist derzeit bei Deutschland der Fall.“

Während Bush darauf beharrt, dass zu seinen Feinden zähle, wer nicht sein Freund sein wolle, glaubt Schröder, der in seiner Wahnnot die kritischen Töne verschärfte, aber nicht persönlich werden wollte, dass wahre Freundschaft solche Sachkonflikte aushalten müsse. Bush dagegen ist getrieben vom Alptraum, wieder, wie am 11. September, tatenlos zuzuschauen, wie eine übergroße Gefahr am Horizont heraufzieht, der unbedingt Einhalt geboten werden muss. Das Recht zur Prävention nehmen die Vereinigten Staaten in Anspruch, weil Nachlässigkeit vor einem Jahr zum nationalen Unglück geführt hat.

Schröder wiederum findet, dass er schon ausreichend viel getan hat, um seine Solidarität mit Bush zu zeigen: beispielsweise, indem er die Abstimmung über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr mit der Vertrauensfrage verknüpft hatte. Was, bitte schön, kann ein Freund mehr tun als seine politische Existenz riskieren?

Die Diskussion geht weiter, doch auf den ersten Blick erscheint die Lage der Deutschen hoffnungslos. Kein europäisches Land stellt sich offen auf die Seite Berlins, die US-Regierung massiert den Druck gegen die Abweichler. Zumindest nach außen behielten die Amerikaner Recht mit ihrem





McDonald's-Filiale in Bonn, deutsche Limousine in Manhattan: „Die Welt hat sich daran gewöhnt, dass Deutschland immer Ja sagt“

Vorwurf, die Deutschen hätten sich selbst isoliert. Doch stimmt das wirklich? Bei näherem Hinsehen zeigt sich, wie der Widerstand der Bundesregierung Wirkung entfaltet.

So registrierte der neue deutsche Verteidigungsminister Peter Struck vergangenen Dienstagabend beim Arbeitssessen mit seinen Nato-Kollegen, wie sehr die Stimmung unter den Ministern davon abhing, wer gerade nicht im Raum war.

Zwar applaudierten fast alle Partner den Ausführungen des amerikanischen Hardliners Rumsfeld. Als der aber den Saal verlassen und Struck wider einen Irak-Krieg gewettert hatte, gab es für den aufmüpfigen Deutschen demonstratives Schulterklopfen etlicher Kollegen – von Italien, Luxemburg und Belgien bis Kanada hieß es: „Danke für diesen Beitrag.“

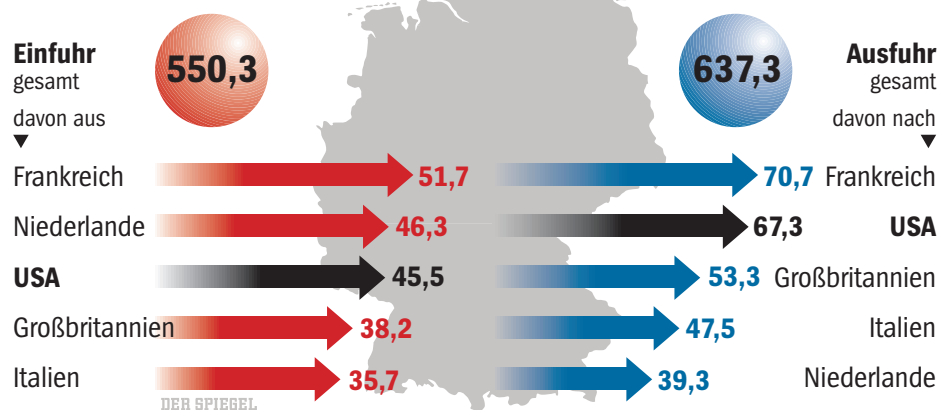
Ähnliche Töne werden in anderen europäischen Hauptstädten laut. Im britischen Parlament musste sich der kriegsfreudige Premier Blair von Abgeordneten seiner eigenen Labour Party fragen lassen, wieso er näher bei Bush als bei Schröder stehe. Und Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi, bisher stets an der Seite des US-Präsidenten, zweifelte vorige Woche im Parlament zu Rom, ob Angriffskriege denn das rechte Mittel zur Friedensschaffung seien.

Der Pariser „Le Monde“ gratulierte, dass Berlin die „amerikanische Kriegsbegeisterung gezügelt“ und damit „als mächtige Verstärkung Frankreichs“ gegen US-Alleingänge gedient habe. Anders als Berlin wäre die Regierung in Paris allerdings zu einem Schlag gegen Saddam bereit – wenn der Sicherheitsrat zustimmt. Den gaullistischen Tönen aus dem Kanzleramt entspricht vorerst keine gaullistische Politik.

Auch in Amerika kommt Bewegung in die Debatte. Inzwischen wird die Frage gestellt, die in Washington bisher tabu war, bei Joschka Fischer aber am Anfang jeder Debatte stand: Was soll eigentlich im Irak

Wichtiger Handelspartner

Angaben in Milliarden Euro, Stand 2001



passieren, wenn der Diktator von Bagdad besiegt ist?

Ronald Asmus und Kenneth Pollack, zwei Vordenker der Demokraten, befürworten eine langfristige Neuordnung des gesamten Mittleren Ostens. Diese Mammutaufgabe könnte das „neue transatlantische Projekt“ für Europäer und Amerikaner werden, schrieben sie in einem vorrige Woche veröffentlichten Aufsatz im „Policy Review“. Der Sturz der irakischen Regierung firmiert auf dieser Neuordnungagenda nur als eine von mehreren Aufgaben – nach der Lösung des Palästina-Konflikts.

Jeder Militäreinsatz, argumentieren die Befürworter eines Angriffs auf Bagdad, dürfe nur der Auftakt eines „jahrzehntelangen“ und systematischen Engagements des Westens in der Region sein, ähnlich wie die Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. „Das erfordert eine Allianz“, schreiben die Wissenschaftler. „Weder die USA noch Europa können den größeren Nahen Osten allein regeln.“

So kippt langsam die Debatte, und die US-Administration bekommt erkennbare Mühe, ihr hohes Tempo beim Marsch auf

Bagdad durchzuhalten. Frankreich und Russland sperren sich bis Ende voriger Woche gegen den amerikanisch-britischen Entwurf einer kompromisslosen Uno-Resolution, die Bagdad vor die Alternative stellt, entweder alle Massenvernichtungswaffen freiwillig auszuliefern oder angegriffen zu werden. Washington musste einen hohen Diplomaten auf die Reise schicken, um die Bedenken der Vetomächte des Sicherheitsrates zu hören.

Auch im Innern der Vereinigten Staaten wächst der Widerstand. Nach dem Protest des Ex-Vizepräsidenten Al Gore – der beim Golfkrieg 1991 noch einer der demokratischen Unterstützer des Kriegskurses war – mehrten sich die zusehends kritischen Stimmen im US-Kongress. Bei einer Anhörung im Senat warf Ex-Außenministerin Madeleine Albright dem Weißen Haus vor, die Risiken eines Kriegs herunterzuspielen und „ständig neue Begründungen für eine solche Aktion“ gegen Saddam zu präsentieren. Frau Albright scheint die Sorgen der Deutschen zu teilen: Ein Angriff auf Saddam könnte Israel in den Krieg ziehen – mit abenteuerlichen Folgen. Statt der erhofften raschen Befreiung des Irak droh-

te dann ein Flächenbrand im ganzen Nahen Osten.

Mitte vergangener Woche gab es Signale, dass die vergrätzten Amerikaner an der Rückkehr zu „normalen Arbeitsbeziehungen“ (Struck) interessiert sind. Das erste empfang der deutsche Verteidigungsminister beim Rückflug vom Warschauer Nato-Treff. Hoch über den Wolken, in 10600 Meter Höhe, bat der amerikanische Nato-Botschafter Nicholas Burns, zu Gast in Strucks VIP-Airbus, am Mittwochnachmittag um ein Gespräch.

Rumsfeld habe ihn beauftragt, auszurichten, so der Diplomat, seine Abwesenheit bei Strucks Irak-Beitrag am Abend zuvor sei „kein böser Wille“ und nicht als „Affront“ gedacht gewesen. Rumsfeld habe nicht zuhören können, entschuldigte Burns den Minister, weil er wegen der Krise im afrikanischen Staat Elfenbeinküste dringend mit Washington telefonieren musste.

Tags darauf schlug auch der Präsidentensprecher Ari Fleischer im Weißen Haus versöhnlichere Töne an. „Das deutsche Volk hat gesprochen und Gerhard Schröder gewählt“, erklärte der Bush-Sprecher, „die USA werden weiterhin gut mit Deutschland arbeiten.“

Auch Colin Powell, der den Deutschen gegenüber ohnehin zu moderateren Tönen neigt, versuchte die Wogen zu glätten. Im außenpolitischen Ausschuss des Senats bekräftigte er zwar, Washington sei nach Däblier-Gmelins Entgleisung „tief beun-

ruhigt und beleidigt“. Aber nun heiße es, Zurückhaltung zu üben und „die Dinge im Zusammenhang zu sehen“.

Und so lobte Fischers US-Kollege ausgiebig das bisherige Engagement der Deutschen für Afghanistan und würdigte die deutsche Absicht, gemeinsam mit den Niederlanden die Führung der Isaf-Friedenstruppe in Kabul zu schultern. Powell: „Wir waren viele Jahre gute Freunde, und wir werden auch in den kommenden Jahren gute Freunde bleiben.“

Die Regierenden in Berlin registrieren all das mit einer gewissen Genugtuung. Vorbei die Zeiten, als Schröder, Fischer und Co. wie das kleine gallische Dorf des Comic-Helden völlig allein, wenn auch unbeugsam, Widerstand leisteten gegen den Weltenherrscher im Weißen Haus. Ganz nebenbei, freuen sich die Berliner, werde endlich deutlich, dass auch in den USA manche Irak-Aussage vor dem Hintergrund des Wahlkampfes geführt wird – wenn auch mit vertauschten Rollen, denn jenseits des Atlantiks erhöhen nicht Friedensrufe, sondern Kriegstrommeln die Wahlchancen.

Aber welches Gewicht haben die Deutschen nun wirklich? Sind sie nur rüde Unruhestifter, die sich aus Angst vor einer Wahlniederlage im Ton vergreifen? Werden sie zu Konkurrenten „in Leadership“, die

den Amerikanern schrittweise die Meinungsführung abspenstig machen wollen, oder ist der Widerstand gegen den Irakkrieg gar der Moment, in dem das vereinigte Deutschland als „europäisches Schwergewicht“ wieder auf die Weltbühne trampelt, wie der amerikanische Kolumnist Jim Hoagland befürchtet?

Ein kurzer Blick auf die knappe Mehrheit im Bundestag, die leeren Berliner Kassen, die marode Bundeswehr und in die Geschichtsbücher dürfte reichen, um wohlmöglich aufkeimende wilhelminische Größenwahnideen zu ersticken. Die Deutschen

mögen Nachdenklichkeit erzeugen und politische Alternativen anregen – den Krieg der Amerikaner verhindern werden sie wohl nicht. In Berlin glaubt mancher Minister sogar schon zu wissen, wann er beginnt – im Februar.

Das könnte delikat werden. Denn im Januar zieht die Bundesrepublik Deutschland für zwei Jahre in den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen ein. Und ausgerechnet im Februar haben die Deutschen, dank der alphabetischen Reihenfolge, für einen Monat den Vorsitz. Sie müssten dann die Debatten über kriegsrechtliche Zwangsmaßnahmen gegen Saddam auch noch selbst leiten.

KAREN ANDRESEN, RALF BESTE, JÜRGEN LEINEMANN, GERHARD SPÖRL, ALEXANDER SZANDAR

**»WIR WAREN
VIELE JAHRE
GUTE FREUNDE,
UND WIR
WERDEN
GUTE FREUNDE
BLEIBEN.«**



Gedenkfeier am Ground Zero in New York am 11. September: Alptraum einer übergroßen Gefahr